Grußwort des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Frank Ebert,
zur Veranstaltung „Staatsicherheit und Denkmaltopografie“ am 21. April 2023
auf dem Campus für Demokratie in Berlin-Lichtenberg

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir sprechen heute über die historische und bauliche Besonderheit des ehemaligen Stasi-Geländes, des heutigen Campus für Demokratie.

Das Areal ist eng mit meiner eigenen Geschichte verknüpft. Im September 1990 gehörte ich zu den Besetzern des Archivs der Staatssicherheit hier gegenüber im Haus 7. In den Wochen der Be-setzung hatte ich natürlich viel Zeit, die Dimensionen dieses Geländes zu erfassen, zwischen Ruschestraße und Magdalenenstraße, Frankfurter Allee und Normannenstraße. Da habe ich schon gedacht wie riesig das ist, dabei hatte ich nicht mal ansatzweise alles gesehen.

Bei der Besetzung haben wir uns für den Zugang zu den Akten eingesetzt. Weil es uns wichtig war, dass das Unrecht der kommunistischen Diktatur genauso wie das Aufbegehren dagegen nicht für Jahrzehnte in den Archiven verschwindet. Ganz im Gegenteil, wollten wir mit den Akten die Geschichte aufarbeiten und Menschen die Möglichkeit zur Rehabilitierung geben. Wir wollten über die Mechanismen einer Diktatur und den Einsatz für Freiheit und Menschenrechte aufklären können. Genau das sind Themen, die uns auch heute noch und immer wieder beschäftigen werden. Das sind die Themen, die dieses Gelände heute wesentlich mitprägen.

Auch deshalb setze ich mich entschieden dafür ein, dass die Weiterentwicklung des Campus für Demokratie endlich mit größerem Tempo vorankommt. Nachfolgende Generationen müssen hier direkt vor Ort und auf innovative Art und Weise die doppelte Geschichte des Geländes kennenlernen können. Es ist wichtig, die Jahrzehnte der Repression verständlich zu vermitteln. Gleichzeitig müssen wir aber viel stärker noch an den mutigen Widerstand gegen die Diktatur erinnern und einen Ort des Austausches schaffen.

Der Einsatz für grundlegende Menschenrechte, die Friedliche Überwindung der SED-Diktatur und die Aufbrüche des Jahres 1990 sind bedeutende Momente der deutschen Demokratiegeschichte. Und sie verdienen einen zentralen, modernen Ort, an dem sie vermittelt werden.

Dafür müssen wir das Forum Opposition und Widerstand schnellstmöglich realisieren, dass dies machbar ist, hat die Robert-Havemann-Gesellschaft mit ihrer Machbarkeitsstudie eindrucksvoll belegt. Des Weiteren muss das Forum in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes eingebunden werden.

Zudem muss die Campus-Idee inhaltlich vertieft und der Campus als Erinnerungsort bekannter gemacht werden – nicht nur in Berlin, bei der Bedeutung die wir dem Campus beimessen, vor allen Dingen bundesweit. Die Programmformate wie Campuskino und Campus-Forum sind dafür unbedingt fortzuführen und auszubauen. Dafür sind inhaltliche Diskussionsveranstaltungen wie heute von großem Wert.

Es ist mir bewusst, dass solche Austauschformate noch viel zu selten stattfinden. Auch Diskussionen über die Kernidee des Campus für Demokratie müssen intensiver geführt werden.

Umso dankbarer bin ich dem Standortmanagement, dass sie diese Veranstaltung heute konzipiert und organisiert haben.

Als Berliner Aufarbeitungsbeauftragter freue ich mich, die Veranstaltung durch Projektmittel aus dem Landeshaushalt mit zu ermöglichen. Dass diese Förderung notwendig ist, verweist aber auch auf das schwache Mandat des Standortmanagements.

Seit 2018 ist das Management für den Campus nun beauftragt – vorrangig mit moderierender Funktion. Wollen wir den Campus voranbringen und den Ort in der nationalen Gedenkstättenlandschaft etablieren, muss der Auftrag dringend erweitert und aktualisiert werden!

Wir brauchen hier vor Ort eine Einbindung der ansässigen Institutionen, nicht nur der Eigentümer.
Wir brauchen einen Akteur, der die erinnerungskulturelle Entwicklung des Geländes vorantreibt.
Und wir brauchen ein stringentes Management der Planungsverfahren – bald dann hoffentlich auch der Bauphasen.

Die aktuelle Beauftragung des Standortmanagements deckt diese Aufgaben nicht ab. Diesen Missstand sollte das Land Berlin beheben. Als Auftraggeber ist es aufgerufen, eine geeignete Konstruktion zur Aufgabenerfüllung zu finden. Bei diesen Überlegungen sollte auch der Bund in die Verantwortung genommen werden, die Campus-Entwicklung ist schließlich auch von ihm als Ziel formuliert. Berlin sollte hier nicht alleine gelassen werden.

Ich bin zuversichtlich, dass das gelingen wird. Es braucht hier allerdings den entschiedenen Willen zur Lösungsfindung und, wie wir alle wissen, verdammt viel Geduld.

Ich freue mich, dass wir mit dieser Veranstaltung heute einen Schritt in die richtige Richtung machen. Vielen Dank noch einmal an alle Beteiligten, die diese Veranstaltung möglich gemacht haben.

Ich wünsche uns allen neue Einblicke und spannende, konstruktive Diskussionen. Lassen sie uns gemeinsam die Campus-Idee weiter mit Leben füllen.